

Information 4/2020

über die Planung eines Großgewerbegebietes bei Scheppau

Braunschweiger Zeitung – Helmstedter Nachrichten

Landwirtschaft im Kreis steht hinter Umweltmaßnahmen

SCHEPPAU. Mehr Naturschutz soll das vom Landtag verabschiedete Maßnahmenpaket „Der Niedersächsische Weg“ bringen. Die Landwirte tragen den Kompromiss mit.

Sebahat Arifi

24.11.2020, 15:56



Landwirt Mark Widdecke aus Volkmarsdorf (von links), Landvolk-Geschäftsführer Volker Meier, CDU-Landtagsabgeordnete Veronika Koch, Helmstedts Kreislandwirt Gerhard Rott und SPD-Landtagsabgeordneter Jörn Domeier.

Foto: Sebahat Arifi

Es ist geschafft! Die Überschrift zur Presseeinladung des Landvolks Braunschweiger Land machte deutlich, worum es bei dem Termin gehen sollte: Freude darüber, dass es in Niedersachsen gelungen war, ein Vertragswerk zu verabschieden, das auf der einen Seite Artenvielfalt und Naturschutz verbessern soll, auf der anderen Seite aber auch die Belange der Landwirte berücksichtigt.

Besonders beim sogenannten „Niedersächsischen Weg“ ist, dass es erstmals gelungen war, in Verbindung mit dem Landwirtschafts- sowie dem Umweltministerium, dem Landvolk, der Landwirtschaftskammer sowie den Umweltschutzverbänden BUND und Nabu einen Kompromiss zu erarbeiten, den alle Seiten mittragen konnten. „Es ist ein Kompromiss, aber es ist ein guter Kompromiss“, stand für Helmstedts Kreislandwirt Gerhard Rott deshalb fest, auf dessen Hof in Scheppau das Gespräch am Dienstag stattfand.

Entschädigung für Landwirte

Landwirtschaft und Naturschutz gehöre zusammen. „Es ist ein Weg, die Gesellschaft wieder zusammenzubringen“, deutete er auf die bisweilen erbittert geführten Diskussionen um die Verantwortung von Landwirtschaft hinsichtlich des Umweltschutzes. „Wir müssen da mit Sachlichkeit rangehen, und hier hat das wunderbar geklappt“, stand für ihn fest. „Die Landwirte stehen dahinter“, lautete daher auch der Tenor – verbunden mit einem Aber.

Wie genau die Maßnahmen aussehen sollen, damit es wieder mehr Arten- und Insektenvielfalt gibt, damit Gewässer nicht verunreinigt werden oder weniger Pflanzenschutzmittel und Dünger zum Einsatz kommen, muss noch detailliert erarbeitet werden. Ein Beispiel sind ungedüngte Grün- und Blühstreifen hin zu Gewässern, also Gräben, Bächen oder Flüssen. Wie breit, entscheidet die jeweilige Gewässer-Kategorie. „Für die Ausfälle müssen die Landwirte entschädigt werden“, stellte Rott heraus.

„Regional wichtiger als Bio“

Zu den Zielen im „Niedersächsischen Weg“ gehört auch die Steigerung auf einen 15-prozentigen Anteil der ökologischen Landwirtschaft bis zum Jahr 2030. „Das ist das Ziel, nicht die Pflicht“, betonte Landvolk-Geschäftsführer Volker Meier. Eine ökologische Umstellung geschehe nur auf freiwilliger Basis. Im Landkreis Helmstedt sind aktuell von 398 Betrieben 20 Biobetriebe, das entspricht einem Anteil von 5 Prozent.

Wichtiger noch als die biologische Landwirtschaft sei laut Gerhard Rott die sich entwickelnde Hinwendung der Kunden zu Regionalität. Ein Argument, in dem er von Landwirt Mark Widdecke aus Volkmarshausen unterstützt wurde.

Landtagsabgeordnete zufrieden

Einige Hürden sah der allerdings noch in der Umsetzung des Maßnahmenpakets. Widdecke forderte Verlässlichkeit auch über Wahlperioden hinaus: „Es braucht Planbarkeit, nicht dass irgendwann Verschärfungen kommen und immer weniger bezahlt wird.“ Auch die Förderkulisse etwa für landwirtschaftliche Geräte sei schwierig. Dennoch: Aus Sicht der Anwesenden suche der „Niedersächsische Weg“ bundesweit seinesgleichen.

Das betonten auch die beiden Landtagsabgeordneten Veronika Koch (CDU) und Jörn Domeier (SPD). „Natürlich sind nicht alle zufrieden, aber ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg, und er ist noch nicht zu Ende.“ Es sei ein Kompromiss, „den so viele wichtige Verbände unterschrieben haben“, stand auch für Domeier fest. „Der ist gut für die Umwelt und gut für die Landwirtschaft“

Kommentar Karl-Friedrich Weber, BUND:

In der Gemarkung Scheppau des Kreislandwirts Rott (Foto) sollen nach dem Willen der Politik über 120 bis 180 Hektar Acker- und Grünlandflächen zu einem Großgewerbegebiet entwickelt werden – umgeben von zehn europäischen Schutzgebieten. Dieser ökologisch bedeutsamste Raum der Region hat sich seit Jahren wegen seiner landschaftlichen Schönheit und Eigenart zu einem Fahrradwandergebiet und Naherholungsraum der Städte Braunschweig und Wolfsburg entwickelt. Es wäre die zerstörerische raumbedeutsame Entwicklung der Region schlechthin, die vorstellbar wäre. Noch kurz vor dem Erscheinen dieses BZ-Berichtes vom 24. November war die Öffentlichkeit vollkommen ahnungslos, obwohl die Akteure im Bild seit langem von diesen Planungsabsichten wussten.

Riesiges Gewerbegebiet an der A2 geplant

Wolfsburg, Braunschweig, die Kreise Helmstedt und Wolfenbüttel wollen gemeinsam Firmen locken.



Hier soll das neue Industriegebiet entstehen. Foto: LARS LANDMANN rs24

Wolfsburg Die Stadt Wolfsburg möchte gemeinsam mit Braunschweig und den Landkreisen Helmstedt und Wolfenbüttel ein mehr als 100 Hektar großes interkommunales Gewerbegebiet am Autobahnkreuz Wolfsburg/Königsutter entwickeln.

Nach Angaben von Wolfsburgs Oberbürgermeister Klaus Mohrs befassen sich Helmstedts Landrat Gerhard Radeck, Braunschweigs Oberbürgermeister Ulrich Markurth und er seit etwa anderthalb Jahren mit dem Projekt. Nun erbittet Mohrs vom Wolfsburger Rat 50.000 Euro und grünes Licht für den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung, damit eine Machbarkeitsstudie angefertigt werden und die Vorplanung beginnen kann.